Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 17. **Donnerstag** den 17. Januar 1889. **83. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Für die Stadttheile Leipzig-Reudnitz und Leipzig-Anger-Crottendorf ist ein **Leichenschauarzt** in der Person des Herrn **Dr. med. Friedrich Emil Kohl** in Leipzig-Reudnitz bestellt und in Pflicht genommen worden.

Dies wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß Herr Dr. Kohl bei den in jenen Stadtbezirken vorkommenden Todesfällen dann zuzuziehen ist, wenn der Verstorbene in der letzten Krankheit nicht ärztlich behandelt worden ist, auch nicht nach §. 5 der Instruction für die Leichenfrauen ein anderer Arzt zuzuziehen gewesen ist.

Leipzig, am 10. Januar 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VIII, 22. Dr. Georgi. Dr. Kr[illegible]endorff.

Nutzholzauction.

Freitag, den **18. Januar c.** sollen von Vormittags 9 Uhr an auf den diesjährigen **Mittelwaldschlägen** in Abth. 9b und 19a des **Burgauer Forstreviers** an der Flutrinne und den Militairschießständen, sowie im Leutzscher Holze, dicht am **Leutzsch-Wahrener Fahrwege.**

76 Eichen-Nutzklötze	v. 30—111 cm Mittenstärke	u. 2—11 m Länge	
47 Buchen-	„ 23—43 „	„ 3—6 „	
30 Rüstern-	„ 26—50 „	„ 2—9 „	
5 Linden-	„ 24—53 „	„ 4—9 „	
13 Eschen-	„ 17—30 „	„ 2—6 „	
4 Maßholder-	„ 28—37 „	„ 5—8 „	
4 Ellern-	„ 19—21 „	„ 4—6 „	
1 Ahorn-	„ 25 „	„ 5 „	

und 43 **Stück Schirrhölzer**

unter den im Termine öffentlich auszuhängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem Schlage in Abtheilung 9b an der Flutrinne und den Militairschießständen.

Leipzig, am 7. Januar 1889.

Des Raths Forstdeputation.

Höhere Schule für Mädchen.

Anmeldungen zur Osteraufnahme erbitte ich mir in der **Woche vom 21. bis 26. Januar**, Montag und Dienstag von 10—12, an den übrigen Tagen von 11—12 Uhr. Taufschein (Geburtsschein), Impfschein und Abgangszeugniß sind vorzulegen.

Leipzig, den 14. Januar 1889.

Dr. W. Nöldeke.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist bei der unter Nr. 109 eingetragenen Firma:

Buchhandlung von Friedr. Jacob zu Torgau

zufolge Verfügung vom 4. Januar am 5. Januar 1889 Folgendes eingetragen worden:

Das Handelsgeschäft ist durch Vertrag auf den Buchhändler **Curt Jacob** zu Torgau übergegangen, welcher dasselbe unter unveränderter Firma fortsetzt. Vergleiche Nr. 307 des Firmenregisters.

Ferner ist in unser Firmenregister unter Nr. 307 die Firma: Buchhandlung von **Friedr. Jacob** mit dem Sitz zu Torgau und als deren Inhaber der Buchhändler **Curt Jacob** zu Torgau zufolge Verfügung vom 4. Januar am 5. Januar 1889 eingetragen worden.

Torgau, den 5. Januar 1889.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist bei der unter Nr. 251 eingetragenen Firma:

Julius Reichard's Buchhandlung zu Torgau

zufolge Verfügung vom 7. Januar am 9. Januar 1889 Folgendes eingetragen worden:

Das Handelsgeschäft ist durch Vertrag auf den Buchhändler **Curt Jacob** zu Torgau übergegangen, welcher dasselbe unter unveränderter Firma fortsetzt. Vergleiche Nr. 308 des Firmenregisters.

Ferner ist in unser Firmenregister unter Nr. 308 die Firma: **Julius Reichard's Buchhandlung** mit dem Sitz zu Torgau und als deren Inhaber der Buchhändler **Curt Jacob** zu Torgau zufolge Verfügung vom 7. Januar am 9. Januar 1889 eingetragen worden.

Torgau, den 9. Januar 1889.

Königliches Amts-Gericht.

Nichtamtlicher Theil.

Die Colonialpolitik und der Reichstag.

Die Herren Richter und Bamberger müssen die Reichstagssitzung vom Dienstag im Kalender schwarz anstreichen, so sind sie noch nie zuvor abgeführt worden mit ihren Angriffen und Hetzereien gegen die deutsche Colonialpolitik. Den beiden Herren standen zwei Sachverständige gegenüber, denen sie in keiner Weise gewachsen waren: der Reichskanzler und der Abgeordnete Woermann; von diesen wurde die Unkenntniß und die unpatriotische Art der Kritik, welche die Herren Richter und Bamberger an der Regierungspolitik übten, mit ebenso großer Sicherheit als Entschiedenheit in ihre Schranken gewiesen, und damit die ganze Hohlheit ihrer Opposition vor aller Welt klar gestellt.

Der Hieb, welchen der Abgeordnete Woermann dem Organ des Herrn Eugen Richter, der „Freisinnigen Zeitung", versetzte, als er ihm nachwies, daß diese Zeitung über eine in Hamburg abgehaltene Versammlung genau das Gegentheil berichtet hatte, als was geschehen war, hat gesessen. Die Versammlung sollte nach der „Freisinnigen Zeitung" im Gegensatz zu Herrn Woermann gestanden haben, während dieser stellvertretender Vorsitzender der Versammlung war. Mit einer Schlagfertigkeit, welche nichts zu wünschen übrig ließ, bewies Herr Woermann Herrn Eugen Richter, daß er über eine ganze Reihe von Dingen gesprochen habe, die ihm unbekannt waren und von denen er deshalb keine richtige Vorstellung haben konnte. Herr Richter war so wenig über die Einfuhrverhältnisse in Westafrika unterrichtet wie über die Gründe, welche die Hamburger Kaufleute bei ihren Handelsunternehmungen in überseeischen Ländern, insbesondere in Afrika, leiten. Und deshalb waren auch die Schlüsse falsch, welche er aus dem Hamburger Handelskammerbericht gezogen hat. Ebenso unrichtig sind die Vorstellungen, welche Herr Richter über die angebliche Sclaverei in Kamerun hat. Alles, was er sagte, hatte den Zweck, die Colonialpolitik der Regierung zu bemängeln und zu verdächtigen, und schließlich stellt sich heraus, daß Herr Richter von Allem, was dort vorgeht, so viel weiß, wie ein neugeborenes Kind. Woermann schloß seine auf genauer Kenntniß aller in Betracht kommenden Verhältnisse beruhende Rede mit den Worten: „Herrn Richter's Rede war vom Anfang bis zu Ende eine fortgesetzte Reihe von Unrichtigkeiten, und ich möchte ihn bitten, sich künftighin in dieser Frage gründlich zu informiren."

Herr Richter müßte nicht der geschickte Parlamentarier sein, der er unzweifelhaft ist, wenn er nicht aus der Rede Woermann's irgend etwas herausgegriffen haben sollte, was ihm Anlaß gab, aus der Vertheidigung zum Angriff überzugehen. Um die von Woermann der Unkenntniß überführte „Freisinnige Zeitung" zu schützen, bot er sie nicht nur den Mitgliedern des Hauses unentgeltlich an, sondern als er dabei auf Ablehnung stieß, rühmte er die Presse seiner Partei mit Stolz wegen ihrer Unabhängigkeit im Gegensatz zur officiösen Presse, die sich die allgemeine Mißachtung zugezogen habe. Darauf erwiderte der Reichskanzler: „Wir brauchen allerdings eine freie, unabhängige Presse. Die Presse, welche ich für frei und unabhängig halte, ist aber eine andere, als die des Herrn Richter, unabhängig in ihren Redactionen von Furcht und Sorge und von jedem anderen, sie bis zu einem gewissen Grade knechtenden Einfluß. Herr Richter verlangt, daß die Presse immer die Wahrheit sage, das ist's aber, was ich ihm vorwerfe, daß seine Presse die Wahrheit nicht sagt."

Nachdem Herr Richter so abgethan war, hätte man meinen sollen, daß Herr Bamberger sich Schweigen auferlegen würde, zumal er doch schon früher schlechte Erfahrungen mit seinen Angriffen gegen die Colonialpolitik der Regierung gemacht hatte. Herr Bamberger gestand selbst zu, daß er über die Verhältnisse in Südwestafrika nicht unterrichtet sei, und dennoch gab er von denselben eine Darstellung, als ob die von der Regierung verlangten Ausgaben für das wasserlose, wüste Angra Pequena, welches weder Ackerbau noch Viehzucht gestatte, in das Faß der Danaiden geschöpft würden. Darauf erwiderte der Reichskanzler, daß er es nicht für patriotisch halte, in dem Augenblicke gegen die Regierung Partei zu ergreifen, in welchem sie mit der Regierung eines fremden Landes in entscheidenden Verhandlungen stehe. „Glauben Sie denn," hielt ihm Fürst Bismarck entgegen, „daß die Engländer um eine bloßen Sandwüste willen Hunderte von Meilen mit Waffen und Pferden ziehen und versuchen würden, Verabredungen aufzuheben, die wir getroffen haben? Wenn das Auswärtige Amt überzeugt wäre, daß es sich nur um eine Sandwüste handle, würde es nicht zehn Mark vom Reichstag verlangen, um das Gebiet zu halten."

Herr Bamberger gab auch nach dieser Erklärung des Reichskanzlers noch keine Ruhe, sondern rühmte seine Vaterlandsliebe, welche ihn bewege, vor der Colonialpolitik des deutschen Reiches zu warnen. Die Antwort des Reichskanzlers konnte nicht ausbleiben, sie lautete: „Ich halte es für unpatriotisch zu zeigen, daß man vor vier Jahren schon Recht gehabt hat, das Land als werthlos zu bezeichnen und dadurch den Credit der dort wirkenden Gesellschaften zu schädigen." Da aber Herr Bamberger gar so selbstbewußt auftrat, so fand sich auch Herr v. Kardorff bewogen, ihn an Samoa zu erinnern und ihm zuzurufen. „Wenn Sie, Herr Bamberger, die Samoafrage nicht so behandelt hätten, wie es geschehen ist, so wären nach meiner Ueberzeugung die gegenwärtigen Schwierigkeiten dort nicht entstanden. Die Soldaten, die dort gefallen sind, können Sie auf Ihr Conto schreiben!"

Der Gesammteindruck, den diese Reichstagssitzung hinterlassen hat, ist ein für die freisinnige Partei äußerst ungünstiger, sie hat sich mit ihrer Stellungnahme gegen die Colonialpolitik der Regierung von Anfang an in eine unhaltbare und auf die Dauer nicht zu haltende Position begeben, ihren alten Ueberlieferungen getreu hielt sie aber mit unbesiegbarer Zähigkeit an dem einmal eingenommenen Standpuncte fest. Es ist auch das wiederum ein schlagender Beweis für die unrichtige und verderbliche Politik der freisinnigen Partei. Grundsätze sind allerdings unwandelbar, Wahrheit und Recht bleiben stets dieselben und sind unanfechtbar, sie sind überhaupt nicht discutirbar, aber in der Beurtheilung von Personen und Sachen sind Irrthümer möglich. Angenommen, die deutschfreisinnige Partei wäre bei ihrer Opposition gegen die Colonialpolitik ursprünglich von den besten und patriotischsten Absichten erfüllt gewesen — wir bezweifeln das nicht im Geringsten — so müßte sie sich doch im Laufe von länger als vier Jahren davon überzeugt haben, daß dieses Urtheil auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten ist. Die öffentliche Meinung in Deutschland ist der Gewinnung und Fortentwickelung deutscher Colonien günstig, weil sie unsere Weltstellung erheischt und weil wir berechtigt und verpflichtet sind, auch in anderen Welttheilen ein Wort mit zu reden. Davon bleibt die freisinnige Partei aber unberührt; sie sagt wie der verstorbene socialdemokratische Abgeordnete Mende: „Ich habe gesprochen".

Leipzig, 17. Januar.

* Dem **Berliner Magistrat** ist von Ihrer Majestät der **Kaiserin und Königin Friedrich** folgendes **Handschreiben** zugegangen:

„Beim Schlusse des eben zu Ende gehenden Jahres, in welchem unser Vaterland und das gesammte Volk von schweren Schicksalsschlägen heimgesucht wurde, hat der Magistrat von Berlin Meiner in Worten der Theilnahme und des Trostes gedacht, die gleichzeitig Wünsche für ein glücklicheres und dem Lande segenreiches neues Jahr enthalten.

Ich danke den Vertretern der Stadt **Berlin**, wo ich so viele glückliche und hoffnungsvolle Jahre an der Seite Meines in Gott ruhenden Gemahls, Kaisers und Königs Friedrich, habe verleben können, herzlich für diesen Ausdruck anhänglicher Gesinnungen und ist es Mir eine Freude, den Neuem in Dankbarkeit versichern zu können, daß die Wohlfahrt und Entwickelung der Stadt Berlin auf allen Gebieten Mir stets am Herzen liegen wird.

Osborne, den 3. Januar 1889.

gez. Victoria,
Kaiserin und Königin Friedrich.

An den Magistrat zu Berlin."

* **Staatsminister Dr. Friedenthal,** welcher sich seit längerer Zeit in hohem Grade leidend befindet, ist aus diesem Grunde verhindert, an den Verhandlungen des Herrenhauses, bezüglich der Selbstverwaltungsreform für Posen, welche seiner Zeit der Gegenstand eines von ihm im Abgeordnetenhause eingebrachten Initiativ-Antrages war, Theil zu nehmen. Nach der „Post" begiebt sich derselbe in diesen Tagen zu dem renommirten holländischen Massage-Arzte Dr. Metzger, um eine längere Cur zu gebrauchen.

* **Zur Reichstagswahl in Breslau-West** bemerkt die „Nationalliberale Correspondenz":

Die Reichstagswahl in Breslau-West hat das Resultat einer Stichwahl zwischen dem socialdemokratischen Schneidermeister Kühn und dem deutschfreisinnigen Stadtrichter Friedländer gehabt. Ersterer erhielt 7799, letzterer 5583 Stimmen. Der Candidat der Cartellparteien, der nationalliberale Kaufmann Tschocke, erhielt 4585, der Candidat der Christlichsocialen, Zünftler, Antisemiten und Ultramontanen, Stellmacher Kuhn, 1481 Stimmen. Der Wahlkreis war bisher socialdemokratisch vertreten. Doch war bei den Wahlen vom Februar 1887 der Candidat der Cartelparteien mit dem Socialdemokraten in die Stichwahl gekommen und dann mit einer geringen Stimmenmehrheit geschlagen worden. Stichwahl zwischen dem Socialdemokraten und dem Cartelcandidaten statt des Deutschfreisinnigen wäre auch jetzt zu erreichen gewesen, wenn nicht die zünftlerisch-antisemitischen Franctireurs der conservativen Partei muthwillig sich abgesondert hätten. Sie haben es erreicht, daß nunmehr nur noch die Wahl zwischen einem Deutschfreisinnigen und einem Socialdemokraten ist, und zugleich haben sie durch die geringe Stimmenzahl, die sie auf ihren Candidaten zu vereinigen vermochten, sich selbst ein beschämendes Zeugniß der Ohnmacht ausgestellt, zumal wenn man noch die Stimmen des Centrums in Abzug bringt. Das Verfahren war um so unloyaler und tadelnswerther, als in dem andern Breslauer Wahlkreis ein deutschconservativer Abgeordneter mit wirksamer Hilfe der Nationalliberalen gewählt war. Wir machen aus diesem bedauerlichen Vorgang der deutschconservativen Partei einen schweren Vorwurf. Sie mußte hintertreiben können, daß ein Theil ihrer Truppen muthwillig, um einer Laune zu fröhnen, fahnenflüchtig wird, sonst hat ein Zusammengehen mit einer solchen Partei praktisch keinen Werth. Was nunmehr die Haltung unserer Parteigenossen in der Stichwahl betrifft, so haben wir stets daran festgehalten, daß jede auf dem Boden der Staats- und Gesellschaftsordnung stehende Partei der Socialdemokratie vorzuziehen ist, und wir hoffen, daß unsere Parteigenossen auch im vorliegenden Fall so viel Selbstüberwindung besitzen werden, den deutschfreisinnigen Candidaten zu unterstützen. Schwer genug wird es Einem freilich gemacht gegenüber einer Partei, die soeben noch die Parole ausgegeben hat: Lieber weißlich als nationalliberal!

* Wir haben von einem Berliner Briefe der officiösen Wiener „Politischen Correspondenz" Notiz genommen, in welchem von dem Ergebnisse der Voruntersuchung in dem **Proceß Geffcken** die Rede war. „Wir haben", schreibt der „Hamburgische Correspondent", „bei dem Abdruck dieser Mittheilungen einstweilen uns jeder Bemerkung enthalten, weil wir es für angezeigt hielten, Erkundigungen an zuständiger Stelle über den Stand der Angelegenheit einzuziehen. Heute sind wir in der Lage, mittheilen zu können, daß von autoritativer Seite die Mittheilung der „Politischen Correspondenz" als absolut unwahr bezeichnet wird, die „Voruntersuchung" habe ergeben, daß Geh. Rath Dr. Geffcken mit vielen Persönlichkeiten in regem Briefverkehr gestanden hätte, welche ihn dazu zu bestimmen wußten, das Tagebuch zu veröffentlichen. Das Gegentheil ist wahr, denn die Untersuchung hat ergeben, daß kein einziger Mensch von der Absicht Geffcken's, Auszüge aus dem politischen Tagebuche zu publiciren, Kenntniß hatte, ja daß Niemand überhaupt wußte, daß Geffcken im Besitz dieser Auszüge war. Daraus ergiebt sich, daß die Behauptung, Sir Robert **Morier** habe zu jenen Personen gehört, ebenfalls unwahr ist. Die Untersuchung hat gar nichts über eine Correspondenz zwischen Morier und Geffcken festgestellt oder auch nur festzustellen gesucht."

*

* Ueber die **Krankheit des Königs Wilhelm von Holland** bringt das „Nieuws van den Dag" in Amsterdam folgende Mittheilung:

„Als die königliche Familie am 17. Mai auf dem Schlosse Loo ankam, dachte Niemand, daß der Aufenthalt daselbst so lange dauern würde, um so weniger, als Jedermann wußte, daß der König die Absicht hatte, die Sommermonate im Auslande zuzubringen. Das chronische Leiden war jedoch Ursache, daß das Reisen weniger wünschenswerth erschien, und so ging selbst der 28. December (der hergebrachte Tag der Rückkehr in die Residenz) vorbei, ohne daß von der Abreise die Rede sein konnte. Während der ersten Tage seines Aufenthaltes auf Loo fühlte sich der König bedeutend besser. Später kam jedoch die beunruhigende Nachricht, daß der Zustand sehr besorgnißerregend sei, und, wenn in den Zeitungen darüber auch unwahre und übertriebene Berichte verbreitet wurden, so steht doch fest, daß die Krankheit (Diphtheritis) sehr gefährlich war. Die Hofärzte van Blaanderen und Vinkhuijzen hatten eine schwere Aufgabe zu erfüllen, deren sie sich in ausgezeichneter Weise entledigt haben. Den günstigen Verlauf hat indessen der hohe Patient auch sich selbst zu danken, da er sich den Vorschriften der Aerzte bedingungslos unterwarf. Diese letzte Krankheit hat den König indessen so angegriffen, daß er noch stets an Blutarmuth leidet, weshalb auch die Kräfte noch nicht zurückgekehrt sind, so daß Dr. v. Blaanderen tagtäglich auf dem Loo erscheint. In den letzten Tagen ist jedoch das chronische Leiden (Stein) wieder mehr in den Vordergrund getreten, weshalb der König heftige Schmerzen leidet und ununterbrochen sorgfältiger Pflege bedarf. Nicht genug kann die Stütze gerühmt werden, welche der König an seiner Gemahlin hat, sie weiht alle ihre Sorgen dem Patienten."

Auf **Luxemburg** wirkt natürlich die Ungewißheit über den Ausgang der Krankheit mit doppelter Stärke, da der **Thronwechsel in den Niederlanden** für das **Großherzogthum** auch einen **Dynastiewechsel** bedeutet. Der „Magdeburgischen Zeitung" wird darüber aus **Luxemburg** (unter dem 13. d.) geschrieben:

Die großherzogliche Regierung rechnet bereits mit diesem Ereigniß und hat alle Maßregeln getroffen, um dem kleinen Lande alle Erschütterungen zu ersparen. Der Staatsminister Dr. Eyschen weilte dieser Tage in Berlin, wo er mit den leitenden Kreisen über die luxemburgische Thronfolge berieth. Er war auch in Friedrichsruh zum Besuche beim Fürsten Bismarck, um im Einverständniß mit der deutschen Reichsregierung alle Einzelheiten des bevorstehenden Thronwechsels zu besprechen. Schließlich wird noch hierher gemeldet, daß Staatsminister Dr. Eyschen eine Unterredung mit dem Erbprinzen Wilhelm von Nassau, dem präsumtiven Thronfolger im Großherzogthum Luxemburg hatte. Wie verlautet, wird Se. Hoheit der Herzog Adolf von Nassau unmittelbar nach Erledigung des großherzoglichen Thrones seine Verzichtleistung aussprechen und die Thronbesteigung seines Sohnes als Wilhelm III., Großherzog von Luxemburg, ermöglichen. Was das Land angesichts der trüben Stimmung, in der es sich befindet, beruhigt, ist die Gewißheit, daß Deutschland seine Unabhängigkeit anzuerkennen und zu schützen bereit ist, so daß die luxemburgische Thronfolge schwerlich internationale Verwickelungen hervorrufen wird.

* Die **preußische Thronrede** erfährt seitens der **Londoner** und **Wiener Preßorgane** eine äußerst beifällige Besprechung — und das ist nicht mehr als recht und billig. Aus den anderen europäischen Metropolen liegen noch keine Nachrichten über den Eindruck dieser Staatskundgebung vor, insbesondere nicht aus **Paris**. Man dürfte sich auch wohl schwerlich irren, wenn man es für ausgemacht erachtet, daß die französische Presse überhaupt von der preußischen Thronrede möglichst wenig und oberflächlich Notiz nehmen wird. Denn anderenfalls möchte das zeitunglesende Publicum jenseits der Vogesen — unbeschadet seines fröhlich cultivirten Deutschenhasses — bei einem Vergleich der inneren Politik beider Länder doch vielleicht zu Ergebnissen gelangen, welche den regierenden Parteien in Frankreich unmöglich angenehm sein könnten. Frankreich hat nun ja allerdings vor Preußen den in den Augen sämmtlicher Demagogen — auch der diesseitigen — unschätzbaren Vorzug voraus, „freiheitliche" Institutionen zu besitzen. „Freiheitliche", in dem Sinne, den jene Sorte von Leuten mit diesem Ausdruck verbindet. Ein Volk wie das deutsche, das preußische, wo jeder rechtschaffene, arbeitsame Staatsbürger völlig nach eigenem, freiem Ermessen sein Leben gestalten kann, unter der einzigen Bedingung, daß er den Gesetzen des Staates schuldigen Gehorsam leistet, ist nach Behauptung der Demagogen „unfrei", und weshalb? Deshalb, weil es bei uns Einrichtungen und Normen giebt, an welche sich das demagogische Hetzerthum nicht ungestraft heranwagen darf, überhaupt weil bei uns die Autorität eine Macht darstellt, welche sowohl den Willen als auch die Kraft besitzt, jeden Versuch, ihrer zu spotten, in die gehörigen Schranken zurückzuweisen. Das ist in Frankreich alles anders. Dort kann jeder beliebige Abenteurer, wenn er nur ein geläufiges Mundwerk und die nöthige Portion Unverschämtheit besitzt, die Grundlagen der bestehenden Ordnung und Gesetzlichkeit in Frage stellen, auf die Gefahr hin, daß das Ganze zusammenbricht. So kann es geschehen, daß die republikanische Regierungsform nach achtzehnjährigem Bestande aus dem Zittern vor ihren Gegnern nicht herausgekommen ist, daß sie heute noch eben so um ihr Dasein kämpfen muß, als zu Anfang ihrer Laufbahn. Es fehlt in Frankreich der Sinn für die Autorität und für das Gesetz; die Pflichten gegen das Gesammtwohl werden mit Laxheit, wenn überhaupt, erfüllt; ein jeder einzelne, jede Partei, namentlich jede regierende Partei, ist darüber aus, den Staat, die Regierungsgewalt ihren specifischen Interessen unterthan zu machen. Doch das ist in den Augen der richtigen Demagogen kaum der Erwähnung werth. Daß Frankreich, Dank seinen „freiheitlichen" Institutionen, in Grund und Boden ruinirt wird, ist gewissen Leuten viel weniger schmerzlich, als daß Preußens wirthschaftliche Lage unter den Auspicien einer als „reactionair" verschrieenen Regierung in glänzender Weise prosperirt. Einsichtige Franzosen werden uns freilich um eine Regierung beneiden, die mit einer solchen Thronrede vor das Land treten kann. Der öffentliche Geist jenseits der Vogesen ist aber dermaßen dem Götzendienst der hohlen Phrase verfallen, daß ihm das Unterscheidungsvermögen zwischen „Freiheit" und „Zügellosigkeit" vollständig mangelt und er die täglich drückender sich fühlbarer machenden Nöthe des Staates eher allen anderen Ursachen, als der unter gefälschter freiheitlicher Devise sich breitmachenden Verlotterung zuschreibt. Für eine Staatsauffassung, wie sie die preußische Thronrede vertritt, haben in Frankreich weder Regierende noch Regierte Sinn.

* **Aus Paris,** 15. Januar, wird gemeldet: **Deputirtenkammer.** Baudry d'Asson richtete an die Regierung eine Anfrage wegen der neuerlichen Unruhen bei den Wahlversammlungen. Der Ministerpräsident Floquet erwiderte, wenn die Monarchie früher das Versammlungsrecht gestattet hätte, so wäre das Land besser im Stande, dasselbe mit Ruhe zu handhaben. Die Regierung könne den Unordnungen nur in den von dem Gesetze bestimmten Fällen steuern. Damit ist der Zwischenfall geschlossen. Die Kammer nahm alsdann das Recrutirungsgesetz wieder auf und nahm mehrere Artikel desselben an. Nächste Sitzung Donnerstag. — Die Einkommensteuer-Commission verwarf en bloc den Gesetzentwurf des Finanzministers. (Wiederholt.)

* **Zur Lage in Spanien** schreibt man der „Politischen Correspondenz" aus **Madrid,** 9. Januar:

Die politische Lage des Landes hat sich in erfreulicher Weise gebessert, seitdem die durch den früheren Kriegsminister General **Cassola** angeregte Frage der Militairreform ihren bedrohlichen Charakter verloren hat. Man weiß, daß Cassola's Reformvorschläge nicht nur die Spaltungen im Cabinete hervorgerufen hatten, welche zur letzten Krise und Neubildung des Ministeriums führten, sondern auch in der Armee den Parteigeist entfachten, indem Cassola die taktischen Truppen, Infanterie und Cavallerie, gegen die technischen und Specialtruppen ausspielte. Die Reibungen im Heere spiegelten sich in der Kammer wieder und übertrugen sich auf die Presse, welche, je nach ihrem politischen Bekenntnisse, für die eine oder die andere Waffe Partei nahm. Es war schon recht ungemüthlich geworden; selbst Reibungen zwischen einzelnen Waffengattungen untereinander und mit der Presse kamen vor. Der neue Kriegsminister General Chinchilla hat zwar die Reformbedürftigkeit des Heeres anerkannt, gleichzeitig aber eingesehen, daß die Durchführung der Pläne Cassola's den inneren Frieden, dessen Spanien sehr bedarf, gefährden würde. Deshalb begnügt er sich mit einigen dringenden Reformen und findet durch dieses gemäßigte Vorgehen den Beifall aller wohldenkenden Leute. Thatsache ist, daß alle in den Kammern sitzenden Generale und Militairpersonen überhaupt nunmehr den Entwurf Cassola's fallen gelassen haben. Selbst Castelar hat sich gegen die übermäßig demokratischen Ideen Cassola's ausgesprochen. Die Wirkung hiervon ist nicht ausgeblieben, denn im Heere selbst ist wieder Beruhigung eingetreten, seitdem die mehrgenannten Projecte von der Tagesordnung abgesetzt erscheinen. Von symptomatischer Bedeutung hierfür ist ein kürzlich hier stattgehabtes Bankett, welches die Obersten der Madrider Garnison den übrigen Truppencommandanten Spaniens gaben. Hierbei wurde auf die Brüderlichkeit, Einigkeit und das Zusammenwirken aller Waffengattungen getrunken, und zum Zeichen, daß dieser Toast den Gefühlen der Anwesenden entspreche, wurde der die Festtafel zierende Blumenstrauß der Königin-Regentin als Huldigung übersendet. Ist aber die heikle Angelegenheit der Armeereform auf so glückliche Art wenigstens vorübergehend geebnet, so ist nicht abzusehen, welche andere Angelegenheit das Ministerium zu Falle bringen könnte. Herr Sagasta ist und bleibt Herr der inneren Situation, und so lange hierin kein Wandel geschieht, kann es sich höchstens um einen Wechsel in den Personen seiner Mitarbeiter bei der einen oder der anderen Frage handeln.

Die **Petardengeschichten** scheinen im Auslande allerlei Besorgnisse wachgerufen zu haben. Es soll nicht geleugnet werden, daß die Attentate anfangs auch hier recht unangenehm wirkten. Die erste Petarde platzte vor der Wohnung des conservativen Führers Canovas del Castillo, was die Meinung erweckte, daß man vor einer Fortsetzung der Demonstrationen gegen die Conservativen stehe. Bald darauf wiederholte sich das Attentat im Ministerium des Innern, und nun glaubte man an republikanische Demonstrationen. Doch auch diese Ansicht wurde zu nichte, als im Vorsaale des republikanischen Clubs selbst und kurz darauf auf offener Straße Petarden platzten. Daß am 8. Januar eine ähnliche, übrigens wie die vorherigen ganz unschädliche Explosion auf einer Hintertreppe des königlichen